

Younes Nourbakhsh

Der politische Diskurs im Iran

Der Iran hat in seiner neueren Geschichte bisher drei Arten politischen Diskurses erlebt. Holzschnittartig und als grobe Orientierung lassen sich dabei drei Phasen unterscheiden: die paternalistische, der Modernitätsdiskurs der Pahlawi-Ära sowie der politische Diskurs der islamischen Republik. Für den paternalistischen Typ steht die Periode der *Qāğāren*-Dynastie im Iran. In dieser Zeit besaß der Schah die absolute Gewalt und bemühte sich um eine allgemeine gesellschaftliche Anerkennung dieses Absolutismus. Trotz dieser Bestrebungen hin zu umfassender Hegemonie blieb die Bevölkerung skeptisch gegenüber der Regierung. Die *Qāğāren*-Könige und ihre Nachkommen, die das gesamte Reich beherrschten, betrachteten den Staat nicht als zu beschützende Heimat, sondern als „Mietobjekt“ zur größtmöglichen Bereicherung. Diese Form politischen Handelns war von Einseitigkeit geprägt und basierte einzig und allein auf Macht. Mit Demokratie hatte sie offensichtlich nichts zu tun. Als Reaktion brach zum Ende der *Qāğāren*-Zeit die konstitutionelle Revolution (1904–1908) (*mašrūte*) aus, die für einige Zeit durchaus erfolgreich war. So konnte sich eine Nationalversammlung etablieren, welche die Befugnisse des Schahs eindämmen sollte. Neben demokratischen Gesellschaftsentwürfen, die von Intellektuellen vertreten wurden, betraten in dieser Phase auch andere neue Bewegungen die politische Arena des Iran. So gab es Freiheitsideen und liberale Gedanken, die den Kern der konstitutionellen Bewegung bildeten, sozialistische Modelle sowie islamische Bewegungen und Parteien. Diese politischen Gruppierungen teilten sich bereits 1910 im zweiten Parlament in Fraktionen auf. Diesen gehörten „Moderate“ (*ītidāliyūn*) und „Demokraten“ an. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die russische Revolution 1905 und die Entscheidung des Zaren, sein Reich in Richtung einer rechtsstaatlichen Entwicklung zu steuern. Einige schiitische Gelehrte – an ihrer Spitze Shayḥ Faḍlallāh Nūrī ī – versuchten 1905, neben dieser konstitutionellen Bewegung islamische Rechtsgelehrte (*fuqahā*) zu nominieren, um der Nationalversammlung eine islamische Legitimation zu geben und das Gesetz nach islamischen Maßstäben auslegen zu können. Diese Bewegung scheiterte jedoch nach einiger Zeit, und die Monarchie konnte wieder zur uneingeschränkten Macht zurückkehren (1920).

* Younes Nourbakhsh, geb. 1965, Direktor der Islamischen Akademie Deutschland e.V.

An diese Phase schloß sich die Pahlawi-Ära an, in der nichts am Absolutheitsanspruch des Schahs geändert wurde. Mit der Machtergreifung Reza Schahs, des Vaters von Muhammad Reza Pahlawi, wurde im Iran eine Diktatur errichtet, die jedoch durch den Versuch gekennzeichnet war, sich an westlichen und modernistischen Mustern zu orientieren. Im Jahr 1940 wurde Reza Schah gestürzt und sein Sohn mit Hilfe der Engländer eingesetzt. Die Kombination von Rationalismus, Machtstreben und staatlichen Reformen von oben, die diese Periode charakterisiert, kann man als Grundlage eines Modernitätsdiskurses ansehen. Westliche Zivilisation und Modernität gelangten in den Iran. Rückblickend muß allerdings festgestellt werden, daß dieser Prozeß der Modernisierung nicht sehr tief reichte und sich vielfach in äußerlichen Phänomenen erschöpfte. In jedem Fall ging mit ihm eine Schwächung der religiösen Institutionen einher, was den Widerstand der Religionsgelehrten weckte. Folgeschwere Konflikte in der Gesellschaft und innere Spaltungen führten schließlich zum Ausbruch und zum Sieg der islamischen Revolution im Iran 1979. In der Regierungsperiode von Pahlawi bewirkten Reformen, nach westlichem Vorbild durchgeführt, und die Entfernung des schiitischen Klerus aus juristischen Ämtern einen nachhaltigen Riß zwischen Staat und Religion. In diese Zeit fällt der Beginn nationaler Strömungen wie der Bewegung von Dr. Mossadegh für die Verstaatlichung des iranischen Erdöls. Seine Bewegung blieb jedoch erfolglos, wodurch islamische und zum Teil auch sozialistische Bewegungen gestärkt wurden (1960).

Der Typ des politischen Diskurses der Islamischen Republik stellt ein neues Modell der Verbindung von Religion und Demokratie dar. Ausgehend von der gesellschaftlichen Situation nach der Revolution neigt diese Phase zu verstärktem religiösen Traditionalismus und dem Anspruch auf absoluten Gehorsam gegenüber religiösen Institutionen. Mit der Übernahme des Staatspräsidentenamtes durch Khatami verlagerten sich die Gewichte zugunsten der religiös inspirierten Demokratie und Volksherrschaft. Die Volksherrschaft „*mardumsālārī*“ ist eine Form der Demokratie, bei der neben dem Wettstreit verschiedener Parteien bei politischen Aktivitäten besonders die „Masse“ eine wichtige Rolle spielt.

Modernisierung mit islamischen Vorzeichen

Die islamische Geschichte unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von der christlichen. Es ist daher abwegig, vom Islam die gleichen Entwicklungen zu verlangen, die das Christentum nach vielen Auseinandersetzungen erreicht hat, etwa den Säkularismus westlicher Staaten, dem lange Konfrontationen zwischen Kirche und Staat vorausgingen. Die westliche Zivilisation ist hauptsächlich ein Produkt der Renaissance, zu deren Elementen die Entstehung des Humanismus gehört. Sie ist ein Produkt religiöser Reformen, des philosophischen Rationalismus und der industriellen Revolution. Diese „Zivilisation“ kann man im Orient auf andere Weise erreichen, weil die philosophischen und historischen Ausgangs-

positionen andere sind. „Modernität“ ist seit dem 17. Jahrhundert eine neue Lebensart des Westens. Modernisierung ist insofern die Verwandlung der traditionellen Gesellschaft in die moderne Gesellschaft. Modernität umfaßt alle gedanklichen, philosophischen und praktischen Bereiche der neuen Zivilisation. Sie geht einher mit politischer Erneuerung, das heißt der Konzentration von Macht in der Hand des Staates, der Schwächung mächtiger traditioneller Institutionen und traditioneller Maßstäbe wie „mündliche Gesetze“, Gewohnheitsrecht, Volksherrschaft, Ältesten-Herrschaft oder Tribalismus sowie der Spezialisierung der politischen Institutionen und der Teilhabe der Bevölkerung am politischen System.

Der Iran versucht, das Paradoxon der Zivilgesellschaft und der religiösen Gesellschaft aufzulösen. Persönlichkeiten wie Seyyed Jamaladdin al-Afghani¹, Abduh², Rashid Rida³ und Schariati⁴ hatten sich dies zum Ziel gesetzt. Durch die lange Herrschaft der Diktatur im Iran und die Rolle der Religion als Opposition wird es jedoch einige Zeit dauern, bis sich in diesem Land ein neues System und die politische Kultur der Demokratie etablieren können und die Gesellschaft ihre Ziele erreichen kann. Gegenwärtig stehen vier politische Bewegungen im Wettstreit. Konservative und traditionelle Gruppen und Parteien wollen der Politik einen eher islamischen Charakter geben. Islamische Reformgruppen und Parteien möchten zwar den islamischen Charakter der Staatsordnung beibehalten, setzen die Betonung jedoch stärker auf die Idee der „Republik“. Liberal-national-säkulare und liberal-sozial-säkulare Gruppen partizipieren derzeit nicht an der Herrschaft und wirken vor allem aus dem Ausland. Zu ihnen zählen die Schah-Anhänger und kommunistische Gruppen. Das Ziel von oppositionellen Gruppen und Parteien ist dabei der Umsturz des Systems.

Seit der *Qāğāren*-Dynastie und der Vertiefung der Beziehungen des Iran zum Ausland bis zur islamischen Revolution war der Gegensatz zwischen Staat und Volk, Religion und Demokratie stets der größte Konfliktfaktor, der in den letzten zwei Jahrhunderten die Entstehung verschiedener Bewegungen im Iran bewirkt hat. Nach der Revolution stellte Āyatullāh Khomeini mit der Gründung der islamischen Republik ein neues Modell vor, das eine neue Kombination aus Staat, Volk, Religion und Demokratie darstellt. Dieses Modell durchläuft bis heute verschiedene Phasen der Veränderung und Entwicklung.

¹ Seyyed Jamaladdin al-Afghani (1833–1893): Islamischer Gelehrter und Reformist, dessen Ziel die Einheit in der islamischen Welt war und der neue politische und gesellschaftliche Anschauungen entworfen hat.

² Abduh: Ägyptischer Denker und Reformist. Er lebte zu Zeiten von Rashid Rida.

³ Rashid Rida (1865–1935): Ägyptischer Denker.

⁴ Schariati (1933–1977): Iranischer Soziologe, der sich auf die Soziologie der Religion und des Islam spezialisierte und neue Anschauungen im Bereich Demokratie und religiöse Reformen vertrat. Er wurde ermordet.

Der politische Diskurs unter den Bedingungen der Globalisierung

Ein politischer Diskurs kann sich in einer Gesellschaft verbreiten und dominant werden, wenn jedermann sich mit ihm identifizieren kann und wenn er die akzeptierten Prinzipien der Legalität erfüllt. Mit zunehmender Globalisierung kristallisierten sich weltweit und auch in der islamischen Welt zwei Hauptbewegungen heraus: solche, die man als demokratische Bewegungen bezeichnen darf, und radikale Bewegungen. Die Verbreitung der Massenmedien und der Informationstechnologie hat die Welt in ein Dorf verwandelt. Im Iran und vielen anderen Ländern scheiterten die patrimonialen Regierungen, aber auch der Versuch, Modernisierung zu importieren. Zwei Denkrichtungen haben aus diesem Grund an Bedeutung gewonnen: der radikale Traditionalismus sowie die demokratische Bewegung. Die Verfechter des radikalen Traditionalismus richten den Blick vor allem auf große Mächte wie die USA, Großbritannien, Russland und Frankreich sowie auf Länder, die gewaltsam die Rechte anderer Nationen übergehen und deshalb als Verursacher der Rückständigkeit des eigenen Landes gesehen werden. Statt die eigenen diktatorischen Regierungen anzugreifen, suchen die Vertreter dieser Richtung die militärische Auseinandersetzung mit diesen äußeren Mächten. Beispielhaft für diese Tendenz ist der Talibanismus. Radikale religiöse Strömungen dürfen nicht als traditionalistische Bewegungen oder als neue religiöse Entwicklungen mißverstanden werden. Sie sind vielmehr eine Reaktion auf erzwungene Modernisierung und können so eher als pathologische Erscheinungen innerhalb eines problematischen Prozesses politischen und sozialen Wandels interpretiert werden. Die Vertreter radikaler Strömungen sehen Modernität stets im Zusammenhang mit „Verwestlichung“, deren Folge die Zerstörung aller Traditionen und der kleineren Kulturen ist. Sie haben ein oberflächliches und dogmatisches Verhältnis zu ihren eigenen Glaubenssätzen und akzeptieren einzig die Technologie als Teil der Modernität, vergessen aber Legalität, Toleranz und Dialog. Demokratische Bewegungen mit oder ohne religiöse Akzentuierung setzen gegenseitigen Respekt, Toleranz und Gesetzlichkeit voraus. Diese Bewegungen nehmen auch in islamischen Ländern immer mehr zu, sodass sich oppositionelle Gruppen dort immer häufiger für sie entscheiden. Im Iran wurden sie mit religiösen Grundlagen in Einklang gebracht. Bei der Bewahrung der islamischen Welt vor den Angriffen „ungläubiger“ Großmächte und im Kampf für die eigene Unabhängigkeit dürfen die religiösen Bestimmungen für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem und diplomatischem Wege nicht außer Acht gelassen werden. Beispiele für nicht-säkulare, demokratischen Bewegungen finden wir mit Abstrichen im Irak und in Afghanistan. Der Diskurs, der in diesen Ländern geführt wird, besagt, dass einzig Säkularisierung oder Laizismus nicht das Rezept für die Rettung ist, weil der Islam in das innere Geflecht der Gesellschaft vorgedrungen ist und die Geschichte nachhaltig beeinflusst hat. Der Islam bestimmt über Glaubensfragen hinaus die ge-

sellschaftlichen und politischen Dimensionen des Lebens. Die Lösung aller Probleme liegt jedoch auch nicht in einer importierten westlichen Modernisierung, wie sie in der Türkei durchgeführt wurde. Vor diesem Hintergrund bedeutet Demokratie nicht zwangsläufig Säkularisierung und diese nicht unbedingt Laizismus. Meiner Meinung nach können Religion und Demokratie im Iran auf der Basis schiitischer Grundlagen in Einklang gebracht werden, ohne daß sie einen strategischen Gegensatz darstellen.

Der Dialog zwischen Ost und West

Heute ist die Demokratie im Orient kein fremder Begriff mehr. Verschiedene Arten von Demokratie werden in der islamischen Welt thematisiert und diskutiert. Auch im Westen ist der Islam nicht unbekannt. Millionen von Muslimen leben in Europa (mehr als drei Millionen in Deutschland), ihre Kinder sind in Europa geboren, haben westliche Länder zu ihrer neuen Heimat gemacht und möchten auf der Grundlage der in Europa herrschenden Gesetze leben, aber gleichzeitig Muslime bleiben. Deshalb ist es notwendig, Dialoge zwischen West und Ost zu führen, und zwar Dialoge auf allen Ebenen. Leider haben verschiedene Entwicklungen die Atmosphäre des konstruktiven Dialogs gestört: der US-amerikanische Angriff auf den Irak, die dauerhafte Präsenz ausländischer Truppen in der Region, die rückhaltlose Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten sowie Propaganda gegen Muslime im Westen unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus. Radikale Strömungen, die in jeder Religion und in jedem Land auftreten können, darf man aus diesem Grunde nicht einer bestimmten Religion zuschreiben. Die Mehrheit der muslimischen Nationen und Regierungen lehnt den Terrorismus ab. Es sei noch einmal betont, daß radikale religiöse Strömungen keine traditionalistischen Bewegungen oder neuen religiösen Entwicklungen, sondern eine Reaktion auf erzwungene Modernisierung sind. In Deutschland arbeiten zahlreiche islamische Institutionen für den Dialog zwischen Islam und Christentum. Hierzu gehören der Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg⁵, der Zentralrat der Muslime in Deutschland⁶ oder die Islamische Akademie Deutschland⁷. Leider stören Medienereignisse wie der „Kopftuch-

⁵ Mitglieder des Rates der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg (Schura) sind 47 islamische Moscheen und Institute. Er wurde 1999 durch sunnitische und schiitische Muslime gegründet.

⁶ Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ist ein Spitzenverband der islamischen Dachorganisationen in Deutschland. Ihm gehören 19 Dachorganisationen mit vielen hundert Moscheegemeinden an, die eine breite Masse der Muslime in Deutschland vertreten. Der ZMD wurde 1994 gegründet.

⁷ Die Islamische Akademie Deutschland e.V. wurde 2000 zur Fortführung der Arbeiten der von Prof. Falaturi (1926–1996) gebildeten Akademie gegründet und ist in den Bereichen interreligiöser Dialog, Bildung und Forschung tätig.

streit“, Vorkommnisse in der Öffentlichkeit wie tätliche Angriffe auf Muslime oder auch weniger offensichtliche Formen der Diskriminierung von Muslimen diesen Dialog.

Ich denke, daß zwischen Intellektuellen und Wissenschaftlern nach wie vor ein konstruktiver und gesunder Dialog herrscht, während unter Politikern und in den Medien eine Atmosphäre der Aggressivität und des Pessimismus die Oberhand gewinnt. Manchmal entsteht der Eindruck, daß Diskussionen über Demokratie, Modernität und politische Freiheit nicht geführt werden, um menschenfreundliche und friedliche Lösungen zu fördern, sondern um wirtschaftliche und politische Ziele zu erreichen. Begriffe wie Demokratie dienen dabei nur als Werkzeug. Das Vertrauen der Menschen wird getäuscht. Bei allem Hinweis auf das „globale Dorf“, zu dem die Welt heute geworden sein soll, zeigt sich einmal mehr, dass die Menschen in diesem Dorf einander noch viel zu wenig kennen.

Anzeige

„Ich unterstütze
ÄRZTE OHNE GRENZEN,
weil sie dort Medizin
machen, wo Menschen
in Not vergessen werden.“
Sandra Maischberger, Journalistin



© n-tv

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft auch fernab der Schlagzeilen – seit über 30 Jahren, in mehr als 80 Ländern. Helfen Sie mit!

Bitte schicken Sie mir unverbindlich

allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN

Informationen für einen Projekteinsatz

Informationen zur Fördermitgliedschaft

die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____



MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de • Spendenkonto 97 0 97 • Sparkasse Bonn • BLZ 380 500 00

11103503